Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft
Sitzung am 09.10.2006

Drucksache Nr. 108/2006 öffentlich

Fortgang der Planungen für das Verwaltungsgebäude in der Humboldtstr. 11, Donaueschingen; Ermächtigung zur Vergabe von Aufträgen

Anlagen: keine
Gäste: keine

Sachverhalt

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 10.07.2006, Drucksache-Nr. 075/2006, der von der Verwaltung vorgestellten Planung mit großer Mehrheit zugestimmt. Gleichzeitig wurde aus der Mitte des Gremiums darauf hingewiesen, die Unterbringung der Ämter nicht zu eng zu planen. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung zusammen mit dem Architekten die Planungen zwischenzeitlich soweit vorangetrieben, dass Anfang September der Bauantrag eingereicht werden konnte.

Derzeit wird von der Verwaltung die detaillierte Raumplanung und vom Architekten die Werkplanung erstellt. Hinsichtlich der baulichen Maßnahmen soll in diesem Jahr nach Möglichkeit noch die Aufstockung des Bauteils B erfolgen. Darüber hinaus soll der Schwerpunkt der Maßnahmen auf dem Bauteil A liegen. Der Grund hierfür besteht darin, dass Vermögen und Bau Baden-Württemberg (bisher Staatliches Hochbauamt) als Vermieter des Gebäudes Irmastr. 11 aufgrund der dort vorgesehenen Nachnutzung großes Interesse daran hat, dass wir das Gebäude zum Kündigungstermin 31.03.07, spätestens aber zum 30.04.2007 räumen. Daher muss schwerpunktmäßig die Herrichtung der entsprechenden Bereiche in der Humboldtstraße erfolgen, in denen die Ämter untergebracht werden sollen, die derzeit in der Irmastr. 11 angesiedelt sind.

Im Rahmen der Umbauarbeiten wird es Gewerke geben, deren Vergabe aufgrund des Auftragsvolumens in der Zuständigkeit des Ausschusses liegt. Nach derzeitigem Planungsstand wird dies insbesondere das Zimmerergewerk sein, da die Aufstockung des Bauteils B in Leichtbauweise erfolgen wird.

Die Planungen sind derzeit allerdings noch nicht so weit vorangeschritten, als dass bereits Ausschreibungen erfolgt sind oder gar schon Angebote zu einzelnen Gewerken vorliegen.

Stellungnahme der Verwaltung

Die zeitlichen Planungen des gesamten Projektes wurden von der Verwaltung sehr ambitioniert angegangen. Aufgrund der langen Kündigungsdauer der bestehenden Mietverträge von einem Jahr hat sich die Verwaltung bereits frühzeitig entschlossen, die Verträge auf den 31.03.2007 zu kündigen, um die jeweiligen Auszugstermine flexibel gestalten zu können. Wir sind dabei allerdings davon ausgegangen, dass eine Weiternutzung der angemieteten Objekte möglich wäre, wenn es bei den Arbeiten in der Humboldtstraße zu Verzögerungen kommen sollte. Dies wird bei allen Objekten mit Ausnahme der Irmastraße 11 auch möglich sein.

In der Irmastraße 11 plant das Land, den Dienstsitz Donaueschingen des Regierungspräsidiums als Nachnutzung unterzubringen. Dazu sind offenbar auch umfangreiche Umbaumaßnahmen in diesem Objekt erforderlich. Da das Land seinerseits wieder an terminliche Vorgaben aufgrund bestehender Mietverträge gebunden ist, entsteht hier ein zusätzlicher Zeitdruck, der so nicht vorhersehbar war.

Unabhängig davon sollte die Aufstockung des Bauteils B in jedem Fall vor dem Winter unter Dach sein, damit während der Wintermonate der Ausbau im Inneren vorangetrieben werden kann. Der nächste Sitzungstermin des Ausschusses, bei dem über die Vergabe von Aufträgen Beschlüsse gefasst werden könnten, ist am 04.12.2006. Wenn eine Auftragerteilung erst in dieser Sitzung erfolgen würde, wäre eine Realisierung der Aufstockung noch in diesem Jahr ausgeschlossen. Die Verwaltung sollte daher ermächtigt werden, Aufträge, die im Interesse eines zügigen Baubeginns vor der nächsten Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss erteilt werden müssen, an den günstigsten Bieter vergeben zu können.

Beschlussvorschlag:

> Die Verwaltung wird ermächtigt, Aufträge für den Umbau, die Erweiterung und die Sanierung des Gebäudes Humboldtstraße 11 zu vergeben, wenn die Auftragserteilung im Interesse eines zügigen Baubeginns vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Wirtschaft erfolgen muss.